

Kontakt:

Pressesprecher Kliniken Ostalb
Ralf Mergenthaler
Tel.: 07361 55 3008
Email: ralf.mergenthaler@kliniken-ostalb.de

Aalen, 20. Juni 2023

Bundesweiter Aktionstag „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Not“

Mit dem bundesweiten Aktionstag am **20. Juni** unter dem Titel „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Not“ machen die Kliniken in Deutschland auf ihre verheerende wirtschaftliche Situation aufmerksam. Auch die Kliniken Ostalb sind durch immense inflationsbedingte Kostensteigerungen und fehlende Refinanzierung stark betroffen. Die finanzielle Basis verschlechtert sich aktuell weiter dramatisch..

Landrat Dr. Joachim Bläse appellierte in der Sitzung des Verwaltungsrats am 15. Juni mit deutlichen Worten an die Landes- und Bundespolitik: „Wenn wir nicht schnell zusätzliches Geld bekommen, ist nicht nur Alarmstufe Rot, sondern sind wir als Klinikbetreiber tot.“, so der Landrat.

Der Verwaltungsrat beschloss daraufhin einstimmig der bundes- und landesweiten Resolution voll inhaltlich beizutreten und bekräftigte folgende Forderungen an die Politik in Bund und Land

- Rücknahme weiterer politischer Eingriffe in die Krankenhausfinanzierung und sofortige Umsetzung Inflationsausgleich
- Vollständige Finanzierung der inflationären Tariffkostensteigerungen und Begrenzung der Leiharbeit durch eine Vergütungsobergrenze
- Verlängerung des Ganzjahresbudgetausgleiches oder ersatzweise sofortige Vorhaltefinanzierung in 2023
- Vollständige Finanzierung der Investitionskosten
- Schnelle Konkretisierung der Reformvorschläge zur Krankenhausreform und Notfallversorgung – Bund-Länder-Kommission

Die Resolution konnte Landrat Dr. Joachim Bläse am Aktionstag direkt an Manne Lucha, baden-württembergischer Minister für Soziales, Gesundheit und Integration übergeben.

Die Kliniken Ostalb fordern damit Bundes- und Landespolitik eine verlässliche Finanzierungsgrundlage und damit Planungssicherheit für die Kliniken zu schaffen. Situative finanzielle Hilfen in Krisen wie Pandemie und Energiekrise waren wichtig. Die Politik habe jedoch versäumt, einen stabilen und verlässlichen Finanzierungsrahmen für die Krankenhäuser zu schaffen. Die Kliniken benötigen dringend Planungssicherheit zur Sicherung der medizinischen Versorgung von Patienten, für die Beschäftigten und die Krankenhausträger in öffentlicher Hand. Wenn dies nicht umgehend erfolgt, droht ein kalter Strukturwandel und damit Lücken/massive Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, so Landrat Dr. Bläse weiter. In drei Jahren Pandemie mit direkten und indirekten negativen finanziellen Folgen und nun inflationär steigenden Tarif- und Sachkosten sowie Energiekrise sind die stationären Fallzahlen um ca. 12

Kliniken Ostalb
Marketing / Unternehmenskommunikation

Ralf Mergenthaler
Tel: 03761 55-3008
Fax: 07361 55-3003
ralf.mergenthaler@kliniken-ostalb.de

Andreas Franzmann
Tel: 07171 701-1008
Fax: 07171 701-1009
andreas.franzmann@kliniken-ostalb.de

Katharina Vaas
Tel: 03761 55-3002
Fax: 07361 55-3003
katharina.vaas@kliniken-ostalb.de

% rückläufig. Weit über 100 Betten sind weiterhin wegen Personalmangel (demografischer Wandel) und gesetzlichen Personal- und Strukturvorgaben geschlossen und damit nicht belegbar. Dies bedingt Einnahmenverluste in Höhe von 25 Mio. Euro p.A.. Personal- und Sachkosten steigen aber binnen drei Jahren um 20 %. Das entspricht ca. 30 – 35 Mio. Euro. Die finanzielle Lücke in Höhe von fast 60 Mio. Euro können die Kliniken aus eigener Kraft trotz konsequentem Ressourcenmanagement, Sparmaßnahmen und Nutzung ambulanter Potentiale/Belegungssteuerung bei Weitem nicht ausgleichen, ergänzt Finanzvorstand Thomas Schneider.

Eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen benötigt einen verlässlichen Finanzierungsrahmen für den Klinikbetrieb und die Finanzierung erforderlicher Investitionen. Auch die Finanzierung des immensen Investitionsvolumens im Rahmen einer umfassenden Krankenhausreform ist bislang nicht gesichert.

Schon im Herbst 2023 hatten die Kliniken in ganz Deutschland darauf aufmerksam gemacht, dass die Krankenhäuser extremer Insolvenzgefahr ausgesetzt sind. Auch unabhängige Untersuchungen, wie der Krankenhausrating-Report, spiegeln wider, dass fast jedes zweite Krankenhaus von Insolvenz bedroht ist und fast keine Klinik mehr eine schwarze Null schreibt. Die Bundesregierung hat auf die Energiekostensteigerungen reagiert und 6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diese fließen aber nur teilweise wirklich in die Kliniken. Immerhin hat sich die Politik nun aber kurzfristig entschlossen, dass 4 dieser 6 Milliarden als direkte pauschale Hilfen ausgezahlt werden.

Andere inflationsbedingte Mehrkosten, wie Tarifierhöhungen und bei Material Medizintechnik, externen Dienstleistern, Lebensmitteln usw. treffen die Kliniken weiterhin. Die Krankenhäuser haben aber keine Möglichkeit, die gestiegenen Preise weiterzugeben.

Die Preissteigerungen der Kliniken sind für das Jahr 2023 bei 4,3 Prozent gesetzlich gedeckelt. Die Inflation liegt aber weit darüber.

Bis die große Krankenhausreform wirklich greift, müssen Insolvenzen in den Krankenhäusern vermieden werden, damit die Versorgungssicherheit überall im Land gesichert ist. Daher ist es entscheidend, dass die Arbeit der Kliniken nicht immer wieder nur durch kurzfristige Hilfsprogramme und Rettungsschirme unterstützt wird. Vielmehr benötigt das Krankenhaussystem verlässliche und nachhaltige Finanzierung, die die Kliniken aus der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit befreit.



Bildunterschrift:

Landrat Dr. Joachim Bläse übergibt die Resolution an Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration